

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die aktuelle Berufsbildungsdebatte im Herbst 1991 ist gekennzeichnet von der allgemeinen Erleichterung darüber, daß die enormen Anstrengungen aller Beteiligten in Politik, Wirtschaft und Verwaltung zu einer einigermaßen zufriedenstellenden Versorgung mit Ausbildungsangeboten in den neuen Bundesländern geführt haben. Diese Aktivitäten haben zeitweise die notwendige Erörterung des tiefgreifenden Umstrukturierungsprozesses im Berufsbildungssystem der neuen Länder überlagert.

Einschneidende Veränderungen kennzeichnen die Umgestaltung der beruflichen Bildung in den neuen Bundesländern. Mit der Übernahme des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung vollzog sich nicht nur ein radikaler Wandel der gesetzlichen Grundlagen der beruflichen Bildung, sondern es begann auch ein elementarer Prozeß des Umdenkens in der Berufsbildungspraxis, der Berufsbildungsforschung und der Berufsbildungspolitik.

BWP greift diesen Umgestaltungsprozeß im Rahmen eines Sonderheftes thematisch auf. Zu Wort kommen in erster Linie Autoren und Autorinnen aus den neuen Ländern, sie berichten in Fachbeiträgen über ihre Erfahrungen beim Aufbau der beruflichen Bildung. Ergänzend informieren in Kurzbeiträgen Berufsbildungsforscher aus dem BIBB und aus anderen Forschungseinrichtungen über Forschungsprojekte, Modellversuche und andere Aktivitäten.

Rainer Ortleb, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, bilanziert in seinem Beitrag die Aktivitäten zur Sicherung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Förderung der beruflichen Weiterbildung. Er analysiert die derzeit dringendsten Probleme der beruflichen Aus- und Weiterbildung und beschreibt die bildungspolitischen Ziele der Bundesregierung.

Eckart Kuhlwein, Vorsitzender des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft, würdigt in einem Kommentar die erfolgreichen Bemühungen um ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot. Zugleich weist er auf noch ungeklärte Probleme unter anderem bei der Qualifizierung des Ausbildungspersonals, der Arbeit in Berufsausbildungs- und Prüfungsausschüssen sowie der Errichtung außerbetrieblicher Einrichtungen hin.

Die Umgestaltung der kaufmännischen Berufsausbildung steht im Mittelpunkt der Ausführungen von Ulrich Wilde, Leiter des Oberstufenzentrums II in Potsdam. Der Autor beschreibt die Auswirkungen, die sich gerade in diesem Bereich durch die Umstellung von der Kommandowirtschaft auf die soziale Marktwirtschaft im Hinblick auf Unterrichtsgestaltung, veränderte Qualifikationsanforderungen der Berufsschullehrer und Akzeptanz der neuen Ausbildungsberufe ergeben. Er gibt damit wichtige Hinweise für seine osteuropäischen Kolleginnen und Kollegen, die künftig ähnliche Probleme zu bewältigen haben.

Aus dem Blickwinkel der kaufmännischen Ausbildungsleiterin im Kabelwerk Oberspree beschreibt Annette Schulz die Erfahrungen, die sie bei der Umsetzung der neuen Ausbildungsordnung für Industriekaufleute und für Bürogehilfen gesammelt hat. Wesentliche Probleme sieht die Autorin in der Finanzierung der Ausbildung, der Qualifikation des Ausbildungspersonals, den praktischen Ausbildungsinhalten und der Sicherstellung der Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die Konsequenzen der wirtschaftlichen und arbeitsorganisatorischen Umstrukturierung für die berufliche Weiterbildung beschreibt Hans Joachim Buggenhagen, Leiter der Innovationstransfer- und Forschungsstelle Schwerin. Ob und wie sich Erfahrungen aus der beruflichen Weiterbildung von West nach Ost — und umgekehrt — übertragen lassen, ist die zentrale Frage eines Modellprojektes, in dem Möglichkeiten und Formen des Innovationstransfers untersucht und praktische Hilfen für die berufliche Weiterbildung geleistet werden sollen.

Die Erfahrungen von Meistern und Ausbildern beim Einsatz neuer Medien in der Tischlerausbildung stellen die Grundlage für den Beitrag von Wolfgang Müller, Fachberater für Berufsdidaktik / Holzbearbeitung in Sachsen. Eindringlich schildert er die Umstellungsprobleme in den Ausbildungswerkstätten und vergleicht und bewertet die jetzigen mit den früheren Verhältnissen; er stellt Vorschläge zur Entwicklung von Ausbildungsmitteln und zur Verbesserung der Informations- und Fortbildungsmöglichkeiten zur Diskussion.

Die totale Umbruchsituation der berufspädagogischen Forschung und Lehre an den ostdeutschen Hochschulen ist für Wolfgang Behrendt, ehemaliger Dekan des Fachbereiches Erziehungswissenschaften der Humboldt-Universität, und seinen Kollegen Klaus Döge Anlaß, auf Grundlage der in der DFG-Denkschrift zur Berufsbildungsforschung entwickelten Denkanstöße zu einer kritischen Aufarbeitung dieser Wissenschaftsdisziplin in der früheren DDR aufzufordern.

Die Hauptaufgabe seiner bildungspolitischen Verantwortung sieht der Minister für Schulen, Erwachsenenbildung und Kultur in Sachsen-Anhalt, Werner Sobetzko, darin, die bisherige berufliche Ausbildung auf den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft umzustellen. Er beschreibt die Schwerpunkte der Bildungspolitik unter anderem beim Aufbau einer neuen Berufsbildungsverwaltung, der Verwirklichung des Ausbildungsplatzförderungsprogramms, dem Bau beruflicher Schulen und der Förderung der Fort- und Weiterbildung — und dokumentiert damit einen einmaligen Vorgang in der Geschichte des Erziehungswesens in Deutschland.



Hermann Schmidt